



KNUT MUELLER

Die Bundesregierung will die Truppen für den Afghanistan-Einsatz erst im Jahr 2012 reduzieren – und riskiert damit einen Zwist mit der SPD im Bundestag. Bei einem Spitzentreffen im Kanzleramt vereinbarten Kanzlerin Angela Merkel (CDU), Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) sowie das Innen- und das Entwicklungshilferessort, das bestehende Mandat mit einer Obergrenze von 5000 Soldaten und einer flexiblen Reserve von 350 zusätzlichen Soldaten Anfang nächsten Jahres zu verlängern. Die bisher nicht eingesetzte Reserve soll auch weiterhin in Deutschland für Ausnahmesituationen bereitgehalten und nicht, wie von den USA und dem Isaf-Oberkommandierenden US-General David Petraeus gewünscht, zur Ausbildung der afghanischen Armee nach Afghanistan entsandt werden. Mit einer Regierungserklärung will Merkel Mitte Dezember vor dem Parlament für eine breite Mandatsmehrheit werben. Mit der geplanten Verlängerung des Mandats steuert die schwarz-gelbe Koalition

auf einen Konflikt mit der SPD zu: „Der Abzug muss im nächsten Jahr beginnen“, fordert der Europaabgeordnete Martin Schulz. „Vor der Verlängerung des Afghanistan-Mandats im Januar muss die Regierung dafür einen konkreten und präzisen Fahrplan vorlegen“, sagt das SPD-Präsidiumsmitglied. Sollte Merkel den verweigern, empfiehlt er der SPD-Bundestagsfraktion zwar eine Zustimmung zum neuen Mandat, allerdings solle sie dann zusätzlich „einen solchen Fahrplan“ als eigenen Entschließungsantrag einbringen. Für die folgenden Jahre werde es in diesem Fall „keine weiteren Verlängerungen des Mandats mit den Stimmen der SPD geben“, sagt Schulz. Es müsse sichergestellt sein, „dass die Bundeswehr spätestens im Korridor zwischen 2013 und 2015 an keinen Kampfhandlungen mehr teilnimmt“. Eine Spitzenrunde um Schulz, Parteichef Sigmar Gabriel und Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hatte sich am Montag der vergangenen Woche über die sozialdemokratische Linie zum Bundeswehreinsatz verständigt.

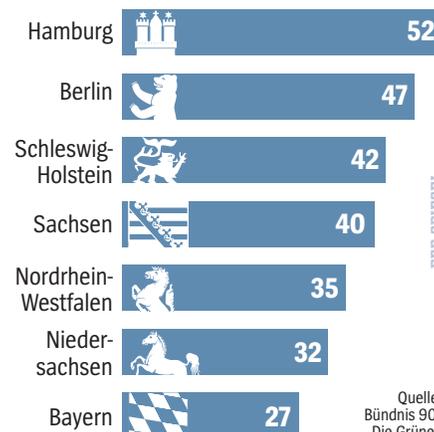
FINANZVERWALTUNG

Steuerparadies Bayern

Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen, fordert eine „Vereinheitlichung der Steuerverwaltung in Deutschland“. Hintergrund dieser Initiative ist ein Vergleich, den Finanzexperten der Grünen über Parlamentsanfragen in verschiedenen Ländern angestellt haben. Demnach beschäftigt Bayern die wenigsten Betriebsprüfer und Steuerfahnder. Während in Hamburg 52 Fahnder auf eine Million Einwohner kommen, sind es im Freistaat nur 27 (siehe Grafik). Gemessen an der Wirtschaftskraft gibt Bayern nur 0,2 Prozent des Brutto-

inlandsprodukts für seine Finanzverwaltung aus, Nordrhein-Westfalen fast doppelt so viel. Nur jeder fünfte der Einkommensmillionäre in Bayern wurde im vergangenen Jahr gesondert überprüft, in Sachsen und Nordrhein-Westfalen war es jeder dritte. „Die Tolerierung von Steuerhinterziehung ist in Bayern offenbar wirtschaftspolitische Strategie“, erklärt Finanzexperte Schick. Es könne nicht sein, dass Bundesländer auf Einnahmen verzichten, die ihnen und ihren Bürgern zustehen. Mehr Personal bringt nach Schicks Umfrage auch eindeutig mehr Geld in die Finanzkassen. 600 000 Euro im Schnitt nimmt ein Steuerfahnder pro Jahr in Bayern ein, im wohlhabenden Hamburg sind es sogar 740 000 Euro.

Steuerfahnder je eine Million Einwohner in ausgewählten Ländern



DER SPIEGEL

Quelle: Bündnis 90/Die Grünen